Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Montags v. Vorm. 8—3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11—½1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Meißnerg. 6 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Doppelzeile „unterm Strich" (Ausland) 40 Pfg. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pfg. für Familiennachrichten ꝛc. 30 Pfg. nach beiderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang.

Dresden, 1896.

Lobeck & Co.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Altmarkt 2.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.

Beleuchtungsgegenstände für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Modernste Wiener
Corsets
aus dem berühmten Mieder-Atelier „Palerma" in Wien
Heinrich Plaul, Hoflieferant Wallstr. 25.

L. Weidig, Waisenhausstr. 34.
Grosses Lager von
Neuheiten elegant garnirter Damenhüte.
Regelmässige, persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin, Paris und Wien.

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath, Wallstr. 8.

Regenschirme in grösster Auswahl. Schirmfabrik **C. A. Petschke,** Wilsdrufferstr. 17. Annenstr. 9 (Stadthaus).

Nr. 305. Spiegel: Ungarische Wahlen. Hofnachrichten, Landessynode, Gasthofsgehilfen, Viktoria-Salon, Gemeinnütziger Verein, Gerichtsverhandlungen. „Runenzauber", Sewell-Concert. | Muthmaßliche Witterung: Kalt, regnerisch. | **Mittwoch, 4. November.**

Politisches.

Die ungarischen Wahlen haben Herrn Banffy einen Erfolg gebracht, mit dem er zufrieden sein kann. Von den 413 Sitzen, die das Abgeordnetenhaus zählt, sind ganze 274 gleich im ersten Ramsch den Liberalen zugefallen, sodaß selbst unter der ungünstigsten Voraussetzung, wenn die noch ausstehenden 9 Stichwahlen den Gegnern zu Gute kämen, immer nur 139 Vertreter der verschiedenartig gruppirten Opposition der liberalen Mehrheit gegenüberstehen würden. Ein solches Ergebniß hat sich wohl Herr Banffy selbst nicht träumen lassen. Beim Beginn des Wahlkampfes sah es im Gegentheil ganz so aus, als wenn der Chef der liberalen Regierung froh wäre, wenn er mit Ach und Krach seine Getreuen zusammenhielte. Die Opposition hatte gefährlich drohende Mienen aufgesteckt und ihre drei hauptsächlichen Richtungen, die Nationalpartei des Grafen Apponyi, die Kossuthfraktion und die katholische Volkspartei wetteiferten in dem Drange, dem Liberalismus die Siegespalme zu entreißen. Ganz besonders that sich als Ruferin im Streite die katholische Volkspartei hervor. Ihre Anhänger stürzten sich überall mit einer beispiellosen Erbitterung in den Wahlkampf, dessen Spuren sogar vielfach mit Blut bezeichnet wurden. Zu Gunsten der Volkspartei wurden die gesammten geistlichen Machtmittel in Wirksamkeit gesetzt. Der Geistliche im Beichtstuhl fungirte als politischer Einpeitscher und jedes nur erdenkliche Mittel wurde skrupellos angewendet, wenn es die Leidenschaft und der Fanatismus der Wähler gegen den tief verhaßten Liberalismus aufzustacheln versprach. Trotz dieser enormen Agitation hat es aber die katholische Volkspartei in dem diesmaligen Waffengange nur auf 21 Mitglieder gebracht, und dazu fehlen dieser kleinen Schaar noch die beiden führenden Häupter, die Grafen Zichy und Esterhazy, denen das Glück an der Urne nicht gelächelt hat. Faßt man daher die Sachlage rein ziffermäßig auf — und das muß man, solange ein anderweitiger Maßstab für den moralischen Einfluß der katholischen Volkspartei und der mit ihr verbündeten sonstigen Opposition im Lande fehlt —, so kann das Urtheil nur lauten: „Der Liberalismus in Ungarn hat sich wieder einmal auf der ganzen Linie als Herr der Lage erwiesen." Allerdings darf man nicht glauben, daß ein derartiger Wahlsieg in Ungarn eine wirkliche Kundgebung der öffentlichen Meinung bedeute wie bei uns zu Lande. In der magyarischen Zone ist alles grotesk, bramarbasartig angehaucht, und der Größe der Schnurrbärte und der Kanonenstiefeln entspricht eine Weite der moralischen Anschauungsweite, die selbst amerikanischen Politikern noch des Studiums werth erscheinen dürfte. Ein ganz unverdächtiger Zeuge, die sicherlich keiner Feindschaft gegen den ungarischen Liberalismus verdächtige „Frkf. Ztg.", sagt über diesen Punkt: „Was in Ungarn an Wahlkniffen, Pressionen und Gewaltthätigkeiten während der Wahlperiode geleistet wird, das vermag der Westeuropäer selbst mit der kühnsten Phantasie gar nicht auszudenken, und wenn sich der ehrliche, an westeuropäische Verhältnisse gewöhnte Mensch nicht voller Entrüstung gegen eine Regierung kehren soll, die beinahe offen die schändlichsten Wahlmißbräuche duldet und sogar provozirt, so muß er in die Landesverhältnisse schon weit eingeweiht sein. Gesündigt wird hier in der That auf beiden Seiten. Gouvernementelle und Oppositionelle haben einander nichts vorzuwerfen." Man muß darnach den abermaligen Sieg des magyarischen Liberalismus, der von der gesinnungsverwandten radikalen Presse auch außerhalb Ungarns in der überschwenglichsten Weise gefeiert wird — so fabulirt die „Frkf. Ztg." von der „selbstbewußten, freiheitsliebenden, liberalen ungarischen Mittelklasse" —, einfach als den Ausgang eines aller idealen Gesichtspunkte baren, brutal rücksichtslosen Macht- und Interessenkampfes bezeichnen, dessen praktische Folge ist, daß Herr Banffy mit seiner jüdisch-magyarischen Gefolgschaft auf weitere 5 Jahre verfassungsmäßig berechtigt ist, sich des Genusses aller der Vortheile zu erfreuen, die der Besitz der politischen Macht den auf ihre ungescheute Ausbeutung bedachten Inhabern gewährt. Così fan tutte, so machen es die Magyaren alle, und die katholische Volkspartei würde voraussichtlich die letzte sein, die sich bei der Ausübung der politischen Herrschaft eine weise Beschränkung aufzuerlegen geneigt wäre. Im Uebrigen müssen die Ungarn ihre laxe Auffassung von dem Wesen der staatlichen Autorität und den Pflichten ihrer Vertreter mit sich selbst ausmachen. Die reale Politik hat lediglich mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen, ohne Rücksicht darauf, wie sie entstanden sind. Herr Banffy sitzt nun einmal wieder im Sattel, das ist eine nicht wegzuleugnende Thatsache, angesichts deren jede, auch die berechtigte Abneigung gegen den eigenartigen Charakter des magyarischen „Liberalismus" gegenstandslos für die praktische Politik wird und nur noch die Frage Berechtigung hat: „Was ist für die nächste Entwickelung der österreichisch-ungarischen Beziehungen von dem Ausfall der ungarischen Wahlen zu erwarten?"

In erster Linie kommt hier die Verlängerung des wirthschaftlichen Ausgleichs zwischen den beiden Reichshälften in Betracht. Die beiderseitigen Regierungen haben lange herumlavirt, ehe sie sich zu einem Entschlusse in dieser Angelegenheit aufzuraffen vermochten. Nach vielfachem Zögern einigte man sich endlich auf den Plan, den Fall in drei gesonderte Fragen zu zerlegen. Zunächst wollte man blos das Zoll- und Handelsbedürfniß in den Parlamenten zur Entscheidung bringen, da man dessen glatter Erledigung sicher zu sein glaubte. Demnächst sollten die Fragen der Verlängerung des Privilegiums der gemeinschaftlichen Notenbank und des Antheils Ungarns an den gemeinschaftlichen Staatsausgaben getrennt zur Berathung gelangen. Auch dieses Projekt wurde indes schließlich wieder verworfen, da Herr Banffy seiner Mehrheit im ungarischen Parlament nicht mehr ganz sicher war. Herr Banffy wurde nämlich von der Opposition auf das Heftigste angeklagt, daß er die magyarischen Interessen durch zu große Nachgiebigkeit gegen die österreichischen Forderungen in der Quoten- und Bankfrage „verrathen" habe. Der Feldzug gegen den Ministerpräsidenten nahm so scharfe Formen an, daß Herr Banffy selbst es für geboten erachtete, zunächst, ehe er weitere Schritte in der Ausgleichsfrage unternahm, die Probe auf das Exempel durch Ausschreibung von Neuwahlen zu machen. Er erhielt dazu auch ohne Schwierigkeit von Wien aus die kaiserliche Ermächtigung. Da die Wahlen nunmehr Herrn Banffy das Heft wieder fest in die Hand gegeben haben, so ist es durchaus wahrscheinlich, daß der Ausgleich in kurzer Frist zum Abschluß gebracht werden wird. Herr Banffy ist thatsächlich derjenige ungarische Politiker, der den berechtigten Wiener Forderungen bisher das größte Entgegenkommen gezeigt hat. Da die Erneuerung des Ausgleichs sowohl im politischen wie im wirthschaftlichen Interesse Oesterreich-Ungarns liegt, so erscheint die Beseitigung der Stellung Banffy's durch die Neuwahlen unter diesem Gesichtspunkt für die gemeinsame Reichspolitik als ein günstiges Moment.

Etwas anders liegt die Sache, wenn man sie vom rein innerpolitischen Standpunkt der beiden Reichshälften ansieht. Hier bedeutet das Kabinet Banffy eine weitere Stärkung und Kräftigung einer Vorherrschaft des Judenthums in Ungarn, über deren kolossale Schädlichkeit in nationaler, wirthschaftlicher und moralischer Hinsicht ein Zweifel längst nicht mehr möglich ist. In Oesterreich dagegen zieht die auf Zurückdrängung des überwuchernden jüdischen Einflusses gerichtete Bewegung immer weitere Kreise. Die herrschende Partei in Ungarn steht deshalb der österreichischen Reichshälfte mit einem gewissen mißtrauischen Unbehagen gegenüber, das aus der Furcht entspringt, der österreichische Antisemitismus könne früher oder später auch nach Ungarn hinübergreifen und dort die Juden und ihre Miethlinge von der reichlich gefüllten Staatskrippe verdrängen. Aus diesem Antagonismus kann sich bei weiterer Zuspitzung der Dinge leicht ein Verhältniß entwickeln, das auf der ganzen Linie in offene Feindseligkeit ausartet. Ein weiterer Gegensatz in der inneren Politik Ungarns und Oesterreichs macht sich auf dem Gebiete der Kirchenpolitik geltend. In Ungarn hat der dort sogenannte Liberalismus vor zwei Jahren ganz plötzlich eine Periode der schärfsten Angriffe auf die bestehenden kirchlichen Institutionen in's Leben gerufen, um die öffentliche Aufmerksamkeit von dem sonstigen Mangel an positiven Leistungen des Liberalismus und von den zum Theil ganz unhaltbar gewordenen wirthschaftlich-sozialen Zuständen des Landes abzulenken. In dem derzeitigen Ministerpräsidenten Banffy verkörpert sich die kirchenfeindliche Richtung sans phrase. Man darf also mit Sicherheit darauf rechnen, daß Herr Banffy jede ihm erwachsende fernere Unbequemlichkeit durch einen Hieb auf die Kirche abzuwehren versuchen wird. Dagegen geht in den österreichischen Landen ein mehr klerikaler Geist um, der seine Herrschaft kaum noch weiter ausbreiten darf, wenn er nicht den geistigen Fortschritt des Landes ernstlich gefährden soll. Das Schlimmste dabei ist, daß die Wiener Regierung sich zu keiner ausgesprochenen Stellungnahme gegenüber dem Umsichgreifen des Klerikalismus ermannen kann. Die innerpolitische Lage ist also durch die ungarischen Wahlen keineswegs überall in wünschenswerther Weise geklärt worden. Unter diesen Umständen ist es für die Wiener Staatsmänner doppelte Pflicht, sich stets einen Weg offen zu halten, auf dem sie eine aufgeklärte, gemäßigte Mittelpolitik mit Hilfe des gebildeten Deutschthums verfolgen können.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 3. Novbr.

Berlin. Der Kaiser gedachte heute Abend die Reise nach Schlesien anzutreten. — Auf Einladung der Regierung der Kapkolonie wird sich der Direktor des Instituts für Infektions-Krankheiten Geh. Medizinalrath Dr. Koch nach Kapstadt begeben, um seinen sachmännischen Rath für die Bekämpfung der Rinderpest zu ertheilen. — Die Nachricht, daß Dr. Schmidt als Nachfolger für den Gouverneur Major v. Wißmann in Aussicht genommen sei, wird von der „Post" als unbegründet bezeichnet. — Das Gerücht von der Verlobung der Prinzessin Pauline von Württemberg mit dem ältesten Sohne des dänischen Kronprinzen wird von Stuttgart aus dementirt. — Oberstleutnant v. Pawlowski, Kommandeur des Garde-Schützen-Bataillons, erhielt das Offizierskreuz des Sächsischen Albrechtsordens. Major Lauenstein vom großen Generalstab, kommandirt bei der Botschaft in Petersburg, das Ritterkreuz 1. Klasse desselben Ordens. — Zwischen dem Reichsschatzamt und der Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amtes wird über die Frage verhandelt, ob dem Reichstage eine Vorlage wegen Uebernahme der Zinsgarantien für die Bahnbauten in Ostafrika und Südwestafrika zugehen soll.

Berlin. Als den Zweck der „Enthüllungen" der „Hamb. Nachr." bezeichnet die hiesige „Bank- und Handelszeitung" die Absicht des Fürsten Bismarck, eine förmliche Allianz zwischen Rußland und der französischen Republik, die bisher noch nicht zu Stande gekommen sei, zu verhüten. Ueber die Gründe, die jenen Schritt speziell veranlaßt hätten, theilt das Blatt mit: Der beabsichtigte Besuch des Czaren bei dem Fürsten Bismarck sei auf höhere Anregung hin unterblieben; die Verwunderung darüber in Friedrichsruh sei eine peinliche gewesen, weil das Ausbleiben des Czaren die Ausführung einer patriotischen Absicht unmöglich gemacht habe und dem Fürsten Bismarck die Gelegenheit entzogen worden sei, zum anderen Male auf einen russischen Czaren, auf den Sohn, wie vor 9 Jahren auf den Vater, persönlich einzuwirken und im Interesse des Friedens im Sinne des politischen Vermächtnisses Kaiser Wilhelm I. Deutschland wiederum an Rußlands Seite zu stellen. Das Unterbleiben des Besuchs des Czaren in Friedrichsruh habe es unmöglich gemacht, diesen Plan in einer mündlichen Unterhandlung zur Ausführung zu bringen. Die Enthüllungen der „Hamb. Nachr." seien das Aushilfsmittel, das das gleiche Ziel sollte erreichen helfen. An Stelle des mündlichen Appells trat der laute Appell und zu der Adresse des Czaren kam die Adresse aller Derer, die den Frieden wünschten und es mit Deutschland gut meinten, an die verantwortlichen Räthe wie an die Berathenen.

Berlin. Wegen Mißhandlung von verhafteten Personen wurden heute die Schutzleute Klingner zu 3 Monaten Gefängniß und Schmidt zu 50 Mk. Geldstrafe verurtheilt. — Bei einer Schülerschlacht im Norden Berlins wurde der Sohn eines Bahnarbeiters so schwer verletzt, daß er bald verstarb.

Hamburg. Von den 600 Motorführern der Straßenbahn sind etwa 500 in den Ausstand eingetreten. Der Betrieb wird durch Hilfskräfte größtentheils aufrecht erhalten. Heute Mittag fand eine Versammlung der Streikenden statt, welche ruhig verlief. Gegen die Androhung der Polizei, den Streikenden wegen Kontraktbruches den Fahrschein zu entziehen, haben die Streikenden durch einen Rechtsanwalt Beschwerde eingelegt.

Frankfurt a. M. Die „Frkf. Ztg." behauptet, es sei thatsächlich erwiesen, daß beide Enthüllungsartikel der „Hamb. Nachr." in Friedrichsruh in langen Konferenzen des leitenden Redakteurs mit dem Fürsten Bismarck entstanden seien. Die Anwesenheit des Grafen Wilhelm Bismarck in Friedrichsruh seit Anfang voriger Woche stehe mit diesen Vorgängen in Verbindung.

Kiel. Kaiser Wilhelm wird am 24. ds. M. zur Vereidigung der Marinerekruten hier eintreffen.

Düsseldorf. Der Schmalzraffinerie-Besitzer Eribel aus Neuß wurde nach 12stündiger Verhandlung von der hiesigen Strafkammer wegen Nahrungsmittelfälschung und Betrugs im Rückfall zu 6 Monaten Gefängniß und 1000 Mk. Geldstrafe verurtheilt; sein Werkführer erhielt wegen Beihilfe 4 Monate Gefängniß.

Breslau. Heute trat hier die 8. Allgemeine Deutsche Sittlichkeitskonferenz zusammen, an welcher Vertreter aus allen Theilen Norddeutschlands theilnahmen. Es wurde über die Ausbreitung der Bewegung, über geeignete Flugschriften und über die Wohnungsfrage berathen; ferner über die einschlägliche Gesetzgebung, die Thätigkeit der Synoden, das Verhältniß zur britischen kontinentalen Föderation und über Rettungsversuche an einzelnen Frauen und Mädchen, endlich über unsittliche Annoncen in der Presse und über die Sittlichkeit in der Armee.

Freiburg i. Br. Prof. Dr. Eugen Baumann, Direktor der medizinischen Abtheilung des chemischen Instituts der hiesigen Universität, ist heute früh gestorben.

Pest. Die Millenniumsausstellung ist heute Mittag in Anwesenheit sämmtlicher ungarischer Minister, der Spitzen der Civil- und Militärbehörden und eines zahlreichen Publikums geschlossen worden.

Wien. Herzog Louis Philipp von Orleans traf heute Mittag hier ein und wurde auf dem Bahnhofe vom Kaiser Franz Josef empfangen.

Paris. Der russische Botschafter Baron von Mohrenheim legte heute im Pantheon auf das Grab des Präsidenten Carnot den von dem Kaiser von Rußland gespendeten Kranz nieder in Gegenwart sämmtlicher Mitglieder der russischen Botschaft, des Ministerpräsidenten Méline, der Generale Billot und Tournet, der Wittwe Carnot's und ihrer drei Söhne. Baron v. Mohrenheim hielt eine Ansprache, in der er betonte, im Namen des Kaisers von Rußland erfülle er die pietätvolle Pflicht, den Kranz auf das Grab des Präsidenten Carnot niederzulegen, als eine hohe Ehrung, die dem unvergänglichen Andenken Carnot's dargebracht werde. Ministerpräsident Méline ersuchte den Botschafter, dem Kaiser für die Carnot erwiesene Ehrung zu danken, welcher an der fruchtbaren Union zwischen Rußland und Frankreich als Erster gearbeitet habe, und ihm gleichzeitig auszusprechen, wie diese zarte Kundgebung Frankreich zu Herzen ginge. — In Ainsekra, dem Wendepunkt der Oranbahn, wird eine starke Truppenmacht, 10 Kompagnien Fremdenlegion, algerische Schützen, 6 Reiterschwadronen und mehrere Batterien zu einem Zuge nach dem Süden versammelt. Das Ziel wird noch geheim gehalten, scheint aber Oerara zu sein.

Paris. Die Kammer ist stark besetzt. Der Minister des Innern bringt eine Vorlage ein, durch welche ein Kredit von 1 Million Francs für die durch die Ueberschwemmung Geschädigten gefordert wird. Hierauf bringt Cochin die Rechte eine Interpellation ein über die Ereignisse in Armenien und schildert in längerer Ausführung die dort begangenen Gräuelthaten.

* **Paris.** Senat. Der Kolonialminister führte aus: Sobald die Regierung von dem Zwiespalt zwischen den Civil- und Militärbehörden auf Madagaskar erfuhr, wurde General Gallieni entsandt mit energischen Instruktionen zur Unterdrückung des Aufstandes und zur Beseitigung der Hegemonie der Hovas. Der General habe vollkommene Freiheit der Maßnahmen; er werde, was er an Munitionen und Proviant verlange, erhalten. Der Minister theilte mit, er werde bald eine Vorlage betreffend ein Anleihen zwecks Konversion der Madagaskar-Anleihen einbringen. Der Minister hofft, daß der Aufstand bald unterdrückt sein wird. (Beifall.) Auf Antrag des Ministers wird die einfache Tagesordnung angenommen.

* **Paris.** Kammer. Die Rede Hubbard's beantwortend, besprach der Minister Hanotaux auf's Ausführlichste die armenisch-türkische Frage. Darnach brachte Jaurès eine gegen die Politik der Regierung gerichtete Tagesordnung ein, welche mit 451 gegen 54 Stimmen abgelehnt wurde. Die Kammer nahm eine Tagesordnung Develle mit 402 gegen 90 Stimmen an, welche die Erklärungen der Regierung billigt.

Versailles. Prozeß Arton. Als im Laufe des Verhörs der Präsident auf die Panama-Angelegenheit anzielte, erklärte Arton in sehr nervöser Weise, er werde bei der englischen Regierung die nöthigen Schritte thun, um die Ermächtigung zu erlangen, daß er auch wegen der Panama-Angelegenheit abgeurtheilt werden könne.

Versailles. Das Erkenntniß des Pariser Schwurgerichts, durch welches Arton wegen Unterschlagung, begangen zum Schaden der Dynamitgesellschaft, zu 6 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt worden war, war wegen eines Formfehlers aufgehoben worden. Die Angelegenheit stand deshalb heute vor dem hiesigen Schwurgericht wiederholt zur Verhandlung. Es sind nur wenige Zuhörer anwesend, der Prozeß scheint jedes Interesse verloren zu haben.

Lyon. Die Rhone beginnt langsam zu fallen.

Rom. Die Leichenfeier für den Kardinal Hohenlohe hat heute Vormittag in der Kirche San Lorento in Lucina unter größter Betheiligung stattgefunden. Erzbischof Samburetti celebrirte die Messe und das Requiem. Kardinal Orcglia ertheilte die Absolution. Unter den Anwesenden befanden sich 12 Kardinäle, darunter Rampolla, ferner der preußische und der bayrische Gesandte beim Vatikan und die übrigen Vertreter des diplomatischen Korps, der Herzog von Ratibor, der Erbprinz von Hohenlohe-Schillingsfürst, Prinz Ernst von Sachsen-Meiningen, viele Prälaten, die Ritter des Malteserordens, zahlreiche Mitglieder der deutschen Kolonie ꝛc.

Rom. „Don Chisciotte" erklärt ganz entschieden alle ungünstigen Gerüchte über Afrika für unrichtig, er sagt: Der von der „Tribuna" gemeldete Vorfall sei einfach einer der dort landläufigen Zusammenstöße an der Grenze ohne jegliche Bedeutung, welcher sich bereits vor mehreren Wochen zwischen den italienischen Truppen und einer Räuberbande zugetragen hätte. Ebenso bezeichnet das Blatt auch die Nachricht, daß die schoanischen Vortruppen bei dem Achangisee angekommen seien, als unbegründet. — Auch die „Agenzia Stefani" veröffentlicht eine Note, durch welche die Nachricht der „Tribuna" als jeder Grundlage entbehrend bezeichnet wird. Während des ganzen Monats Oktober sei nicht der geringste Zusammenstoß erfolgt, im Gegentheil habe General Baldissera am 18. Oktober der Regierung telegraphirt, daß die Lage ruhig sei.

London. Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Peking gemeldet, dem Kaiser sei der Rath ertheilt worden, Li Hung Tschang aller seiner Aemter zu entkleiden. Der Kaiser habe entschieden, daß an Stelle dieser Strafe Li Hung Tschang mit dem Verluste eines Jahresgehalts zu bestrafen sei.

Madrid. In ganz Spanien werden Subskriptionen und Theatervorstellungen zu Gunsten der Verwundeten auf Cuba und auf den Philippinen veranstaltet. — In Gerona ist eine revolutionäre Verschwörung entdeckt worden. Zehn Personen wurden gestern verhaftet. Auch wurden belastende Schriftstücke aufgefunden. — Nach einer Meldung aus Manila schlug die Kolonne

Meine Frau sagt: Triumph-Seife ist doch die beste für Wäsche und Haushalt